

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 922.519/25-II/2/95

An den
Präsidenten des
NationalratesW i e n

JOINT GESETZENTWURF	
Zl. 93	-GE/19/PS
Datum:	3. NOV. 1995
Verteilt	J. M. 95 A

H. Hajek

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

2267

Betrifft: Stellenplan - Bundesministerium
für Arbeit und Soziales;
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG)
geändert wird

Das Bundeskanzleramt - Zentrale Personalkoordination beehrt sich
seine Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG) geändert
wird, in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

Beilage (25-fach)

2. November 1995
Für den Bundeskanzler:
LUKAS

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 922.519/25-II/2/95

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

2267

51.145/1-1/95
vom 3. Oktober 1995

Betrifft: Stellenplan;
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG)
geändert wird

Gegen den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG) geändert wird,
bestehen Bedenken.

Im Vorblatt zu diesem Gesetzesvorhaben wird zu den Kosten
ausgeführt, daß die Erweiterung des Aufgabenbereiches der
Arbeitsinspektion zu einer Mehrbelastung des Personals führen
wird, deren Ausmaß aber nicht abschätzbar wäre.

Dem ist entgegenzuhalten, daß aufgrund nationaler
Erfahrungswerte und vergleichbaren Regelungen aus dem EU-Bereich
Anhaltspunkte gefunden werden müßten, die zumindest eine
Grobkalkulation der Mehrbelastungen zuließen.

Daraus könnten Schlüsse gezogen werden, ob diese Mehrbelastungen
in vermehrte Überstundenleistungen münden würden oder ob daraus
Planstellenvermehrungen erwachsen würden.

- 2 -

In beiden Fällen wäre darzulegen, wie dieser höhere Ressourcenaufwand bedeckt werden könnte.

2. November 1995
Für den Bundeskanzler:
LUKAS

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

